

Unsere Demokratie stirbt – wenn wir sie nicht beschützen!

Ein (rechts-)politischer Zwischenruf von Anna Gallina

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Für mich klang das als Kind der 1980er Jahre wie ein festes Versprechen, auf das sich diese Gesellschaft immer und über alle Unterschiede hinweg zur Einhaltung verpflichtet hat. Nach wie vor bin ich der Überzeugung, dass dieses Versprechen auch gehalten werden muss. Doch es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam und über alle Unterschiede hinweg darüber reden, wie wir die Einhaltung dieses Versprechens sicherstellen. Meine Gedanken und Vorschläge dazu, möchte ich teilen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ohne Absolutheitsanspruch für die richtige Perspektive, aber mit einer rechtspolitischen und politikwissenschaftlichen Haltung.

Wir reden viel über Kipppunkte dieser Tage. Vor allem im Zusammenhang mit der Klimakrise und dem Artensterben und der immensen Bedrohung für das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten. Das fatale an Kipppunkten ist: Sind diese erreicht, hat das unumkehrbare Konsequenzen. Auch Demokratien können an einen Kipppunkt kommen. Ist er überschritten, sterben sie. Auch unsere Demokratie könnte sterben und damit Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Würde für alle Menschen.

Wir haben in der jüngeren Vergangenheit deutlich vor Augen geführt bekommen, dass rassistisch und rechtsextrem motivierte Morde in Deutschland keine Einzelfälle sind. Die Hassverbrechen von Halle und Hanau, der Mord an Walter Lübcke – das sind Taten, die noch im Gedächtnis sind. Die Morde des NSU, die Strukturen und Netzwerke, die das jahrelange Agieren im Untergrund ermöglicht haben, beschäftigten uns noch immer. Es gibt Rechtsextreme, die seit 2018 massive Drohungen mit der Unterschrift NSU 2.0 verschicken. Veranstaltungen wie der Christopher Street Day können nicht stattfinden, ohne dass Täter friedliche Menschen aus queer- und häufig transfeindlichen Motiven angreifen und verletzen.

Anfang Dezember 2022 hat die Bundesanwaltschaft 25 Verdächtige in Deutschland, Österreich und Italien festnehmen lassen, darunter eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der rechtsextremen AfD, ehemalige Offiziere der Bundeswehr und Polizeibeamte. Der Großteil von ihnen sitzt bis heute in Untersuchungshaft. Die Ermittlungsbehörden sehen in der Gruppe mutmaßlich eine terroristische Vereinigung. Die Gruppe soll den Sturz unseres politischen Systems mit Waffengewalt geplant haben.

Aktuelle Daten und Analysen der Sicherheitsbehörden zeigen unstrittig, dass weiterhin der Rechtsextremismus in Deutschland die größte Bedrohung für unser friedliches Leben im demokratischen, liberalen Rechtsstaat darstellt. Die Bedrohung ist nicht neu, aber sie wird größer und wir sollten Vorkehrungen treffen, damit sie nicht weiter außer Kontrolle gerät.

2023 markiert das Jahr in dem erstmals Vertreter einer rechtsextremen Partei in kommunale Ämter gewählt wurden. 2023 markiert das Jahr mit beängstigenden Zustimmungswerten für eine rechtsextreme Partei in den Umfragen, die sich bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern in Wahlergebnissen realisiert haben. Und 2023 ist das Jahr, in dem diese Partei überlegt einen Kanzlerkandidaten aufzustellen.

Demokratien sterben leise. Sie sterben langsam. Sie sterben, wenn es Extremist*innen und Autokrat*innen gelingt, mit den Mitteln der Demokratie durch die Institutionen in verantwortliche Positionen zu kommen. Wenn demokratische Kräfte meinen, dass die Einbindung der Autokraten erfolgsversprechender ist, als eine harte und kompromisslose Ausgrenzung, dann könnte das der Anfang vom Ende der Demokratie bedeuten. Fatal ist eine Kooperation mit der AfD, selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene. Denn so kippen Extremist*innen und Autokrat*innen Demokratien, langsam und Stück für Stück, ohne jemals eine Mehrheit dafür gehabt zu haben. Das gilt es zu verhindern.

Gerade die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen muss uns mahnen, die Grundprinzipien der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen und zu schützen. Sie muss uns mahnen, als Demokrat*innen einander immer näher zu sein als Autokrat*innen, auch wenn man dafür einmal zurückstecken muss. Nur so können wir eine wehrhafte Demokratie sein.

1. Die globale Vertrauenskrise führt zu (Hyper)polarisierung

Wir haben diverse wissenschaftliche Befunde, die darauf aufmerksam machen, dass das Vertrauen von Bürger*innen in den Staat abnimmt. Gerade vor wenigen Wochen hat der Deutsche Beamtenbund die Ergebnisse seiner jährlichen Befragung¹ vorgestellt. Demnach gehen nur noch 27 Prozent der Bürger*innen davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Im Überblick zeigt sich, dass alle Performance-Noten für die abgefragten staatlichen Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr schlechter sind. Der DBB spricht daher von einem neuen Tiefpunkt.

Das mangelnde Vertrauen drückt sich in einer starken politischen und gesellschaftlichen Polarisierung aus. Wer jetzt die Politik der aktuellen Bundesregierung dafür verantwortlich macht, springt zu kurz. Denn wir haben es nicht mit einem deutschen Phänomen zu tun, sondern mit einem weltweiten, wie das Edelman Trust Barometer in seiner aktuellen Studie aufzeigt:

„Welchen Einfluss die Ängste und das Misstrauen auf die Grundstimmung der Deutschen haben, zeigt sich bei der Frage, wie gespalten die Befragten ihr Land sehen und ob sie diese als überwindbar empfinden. Das Ergebnis ist besorgniserregend. So befindet sich Deutschland neben Ländern wie

¹ <https://www.dbb.de/artikel/vertrauen-in-staatliche-handlungsfahigkeit-auf-tiefpunkt-gewaltbereitschaft-steigt.html>.

Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden sowie Italien an einem Scheideweg. Die Menschen halten es für sehr schwer, aber nicht unmöglich, die Spaltungen zu überwinden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich die Gesellschaft so stark spaltet, dass sie nicht mehr in der Lage ist, diese Spaltung zu überwinden. Dies ist zum Beispiel bei Ländern wie Argentinien, Kolumbien, den Vereinigten Staaten, Südafrika als auch Spanien und Schweden der Fall, in denen sich die gesellschaftlichen Fronten schon deutlich verhärtet haben.“²

Die österreichische Investigativ-Journalistin und Autorin Julia Ebner bringt es gleich zu Beginn ihres Buchs „Massenradikalisierung. Wie die Mitte Extremisten zum Opfer fällt.“ wie folgt auf den Punkt:

„Wir stehen am Beginn eines Jahrzehnts der Massenradikalisierung und der Hyperpolarisierung. Nach nur drei Jahren sind die 2020er Jahre bereits von gesellschaftlichen Gräben durchzogen, die sich entlang der Kampflinien um Antirassismus, Geschlechtergleichheit, Queere-Rechte, Maßnahmen gegen den Klimawandel, Impfstoffakzeptanz und Ukraine-Krieg rasant immer weiter auftun.“³

Die Folge dieser Hyperpolarisierung und des Populismus ist das Vordringen von extremen Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft, wie auch die letzte sogenannte „Mitte-Studie“, die alle zwei Jahre rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen untersucht, jüngst erneut aufgezeigt hat:

„Das Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie sinkt auf unter 60 %. Ein erheblicher Teil der Befragten vertritt verschwörungsgläubige (38 %), populistische (33 %) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen. Im Vergleich zur Befragung während der Coronapandemie 2020/21 ist dies ein Anstieg um rund ein Drittel und auch zum Jahr 2018/19 ist der Anteil potenziell demokratiegefährdender Positionen gestiegen. So denken beispielsweise inzwischen 32 %, die Medien und die Politik würden unter einer Decke stecken (2020/21: 24 %). Zudem stimmen in der aktuellen Mitte-Studie mit 30 % fast doppelt so viele Befragte wie noch vor zwei Jahren der Aussage zu: »Die regierenden Parteien betrügen das Volk.« und ein Fünftel meint: »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.« (2020/21: jeweils 16 %). Die Billigung und Rechtfertigung politischer Gewalt haben auch deutlich zugenommen. 13 % sind der Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn »die Wut gegen sie« in Gewalt umschlägt (2020/21: 5 %).“

Diese Entwicklung wird außerdem begleitet von menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft, die auf die Polarisierungsthemen, die Julia Ebner benennt, einzahlen.

So sehen etwa 34 % der Befragten, die Motivation der Geflüchteten in der Ausnutzung von Sozialsystemen. Die Identität von Trans* Menschen wird von 17 % verächtlich gemacht. Auch bei der Frage der Geschlechtergerechtigkeit gibt es eine interessante Zahl. So fordern rund

² https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2023-01/Pressemitteilung_Edelman%20Trust%20Barometer%202023_Report%20Deutschland_k_Website.pdf.

³ Julia Ebner, Massenradikalisierung: Wie die Mitte Extremisten zum Opfer fällt, S. 36 f.

11 % der Befragten, Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen.⁴

Antisemitische Einstellungen sind erschreckend hoch ausgeprägt, denn „16,5 % unterstellen jüdischen Menschen, heute ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen zu wollen. Weitere 19 % schließen sich diesem Vorwurf teilweise an – diese ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber antisemitischen Positionen wie auch anderen Formen von Abwertungen und Vorurteilen nehmen zu.“⁵

So verwundert es dann auch nicht, dass mit 8 % der Anteil von Befragten der Mitte-Studie 2022/23 mit klar rechtsextremer Orientierung (in den Vorjahren 2 bis 3 %) erheblich angestiegen ist. Über 6 % befürworten eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer und über 16 % behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands. Auch der Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen ist im Vergleich zur Studie von vor zwei Jahren deutlich größer geworden mit der politischen Selbstverortung der Befragten rechts der Mitte von 15,5 % (zuvor knapp 10 %).⁶

2. Der Zeitpunkt umfassend zu handeln ist jetzt

Unsere Demokratie ist verletzlich und angreifbar. Wir sollten sie daher beschützen, bevor wir sie verlieren. Als wir sie das letzte Mal verloren haben, brachte das Krieg, Vertreibung und millionenfachen Tod nach Europa.

Demokratie und ein liberaler Rechtsstaat sind die Grundlage für Freiheit und Sicherheit, in der wir in Deutschland und Europa leben. Individuelle Rechte können eingeklagt werden und es gibt elementare Schutzrechte für Minderheiten. Machtverhältnisse ändern sich durch freie Wahlen, nicht durch Gewalt. Doch auch wenn der weit überwiegende Teil unserer Gesellschaft fest an die Demokratie als beste Staatsform glaubt, zeigen uns doch die diversen Studien und womöglich auch das eigene Erleben, dass die Bewertung der aktuellen Ausführung nicht so positiv ausfällt. Und bei denjenigen, die sich genau in diesem Spannungsfeld befinden – also einerseits Vertrauen in die Demokratie als System haben, sich aber von Regierungen und Politik nicht ausreichend gut vertreten fühlen - könnte das Commitment schleichend bröckeln.

In diese Kerbe schlagen Rechtsextreme und Autokrat*innen. Sie haben Strategien entwickelt, die darauf zielen, mit den Mitteln der Demokratie und des Rechtsstaats, das was uns zusammenhält und staatsbildender Wertekanon ist, zu destabilisieren – unsere Grundrechte. Das Ziel ist ein Abbau von Grundrechten, deren Kern darin besteht, solidarisch mit denen zu

4

<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91832&token=0e370895c315400bd2d5943f428e69cf07818f3f>.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. ebd.

sein, die anders sind als man selbst, und die Mehrheitsgesellschaft nicht zum alleinigen Maßstab zu erheben.

Was können wir also aus rechtspolitischer Sicht und als Parteiendemokratie tun, um unsere liberale Demokratie zu beschützen?

3. Ein resilienter Rechtsstaat

Wie gefährlich die Entwicklung rechtsextremer, rechtsnationaler und autokratischer Kräfte für den liberalen Rechtsstaats ist, kann man bei einem Blick etwa nach Polen und Ungarn sehen. Die dort in Gang gesetzte Aushebelung der unabhängigen Justiz durch die autokratisch gesinnten Regierungen ist höchst besorgniserregend.

Dass die Justiz, insbesondere die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, als Einfallstor für einen autoritären Staatumbau dient, dürfte kein Geheimnis sein. Ohne eine funktionsfähige Justiz wird es unmöglich, erlassene Gesetze im Rahmen der geltenden demokratischen Verfassungen zu überprüfen und ggf. für nichtig zu erklären.

Und das ist das Ziel der Feinde des Rechtsstaates.

Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Kontrolle über Gerichte zu erlangen: etwa durch die Verkürzung der Amtszeiten von Richter*innen, wodurch die Gerichte sukzessive mit Richter*innen aus „den eigenen Reihen“ neu besetzt werden. Oder durch die Reduzierung der Entscheidungskompetenzen der Gerichte, die Änderung der Gerichtsorganisationen oder die Modifizierung von Abstimmungsregeln – alles Maßnahmen zur Unterminierung des Rechtsstaates und der richterlichen Unabhängigkeit. So gelingt es, den wichtigen Vetospieler „Justiz“ auszuschalten und den eigenen Einfluss unangreifbar zu machen.

Die Vereinnahmung und die Ausschaltung der Justiz sind schwerwiegende Angriffe auf den liberalen Rechtsstaat und die Demokratie. Und wir können nicht sicher sein, dass genau solche Entwicklungen nicht auch in Deutschland stattfinden. Auch unsere Demokratie und unser liberaler Rechtsstaat sind verletzlich. Deshalb müssen wir unseren **Rechtsstaat resilienter machen**.

Kluge Menschen haben durchgespielt, wie ein Angriff auf den liberalen Rechtsstaat in Deutschland aussehen könnte, also eine Art *white hacking* für den Rechtsstaat gemacht. Das Ergebnis zeigt deutlichen Handlungsbedarf. So wäre es ratsam, sich Gedanken über die Stärkung und Sicherung der Autonomie des Bundesverfassungsgerichtes und der obersten Bundesgerichte zu machen. Mögliche Ansatzpunkte dafür könnten insbesondere die Regelungen zur Wahl und Beförderung von Richter*innen sein. Die Stärkung von Kontrollinstitutionen außerhalb von Bundestag und Bundesrat (z.B. des Deutschen Instituts für Menschenrechte) könnte ein Ansatz sein, unseren Rechtsstaat resilienter zu machen. Auch auf Landesebene müssen wie gezielt Schwachstellen und gesetzgeberischen Handlungsbedarf im

Hinblick auf die Wehrhaftigkeit der Staats- und Verfassungsordnung identifizieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Opfer von tätlicher und verbaler Gewalt müssen ihre Rechte leichter durchsetzen können. Damit meine ich vor allem konkrete Unterstützungsstrukturen, die wir noch nicht ausreichend haben.

Es gibt schon erste Maßnahmen, die sowohl Innen- als auch Justizpolitiker*innen aller demokratischen Fraktionen gemeinsam auf den Weg gebracht haben, um Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst fernzuhalten. Die Umsetzung steht in weiten Teilen noch aus. Zudem müssen die Bekämpfung von Desinformation und Hassdelikten im digitalen Raum weiter im Mittelpunkt gemeinsamer Bemühungen stehen.

4. Parteien als Wächterinnen

„Potentielle Demagogen gibt es in jeder Demokratie, und gelegentlich stößt der eine oder andere von Ihnen auf öffentliche Zustimmung. Aber in manchen Demokratien achten die politischen Führer auf die Warnzeichen und ergreifen Maßnahmen, mit denen autoritäre Führer vom Zentrum der Macht ferngehalten werden. Angesichts des Aufstiegs von Extremisten oder Demagogen unternehmen sie eine gemeinsame Anstrengung, um sie zu isolieren und zu besiegen. Obwohl es auch wichtig ist, wie die breite Masse auf extremistische Verlockung reagiert, ist es doch wichtiger, ob politische Eliten, und insbesondere Parteien, als Filter dienen. Einfach gesagt, Parteien sind die Wächter der Demokratie.“⁷

Wie können Parteien also ihr Wächteramt ausüben?

Die demokratischen Parteien:

- Dürfen autokratischen Kräften keinen Raum geben, weder in Ämtern und Mandaten, noch an der Basis.
- Müssen jedes Bündnis mit antidemokratischen Parteien und Kandidat*innen meiden.
- Müssen eine geschlossene Einheit bilden, wenn extremistische Kräfte ernstzunehmende oder aussichtsreiche Konkurrenten bei Wahlen werden. Das Land und unsere liberale Demokratie müssen in solchen Situationen über die eigene Partei gestellt werden.
- Sollten einander akzeptieren und respektieren. Das heißt, sich wechselseitig anerkennen als gleichberechtigte Teilnehmende an der politischen Willensbildung. Wir konkurrieren um Lösungswege, um Prioritäten, um das Privileg allgemeinverbindliche Entscheidungen für alle treffen zu dürfen. Wir sollten keine Feinde sein. Unsere gemeinsamen Hauptgegner sind autokratische und extremistische Kräfte. Alle anderen sind unsere demokratischen Mitbewerber*innen.

⁷ Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können, S. 40.

- Müssen aufklären: Demokratische Parteien müssen sich intensiv mit der Programmatik der AfD beschäftigen und auch sprachlich deutlich werden. Es geht nicht um rechtes Gedankengut oder schlichten Populismus. Die Partei ist in weiten Teilen eine demokratiefeindliche, rechtsextremistische Partei.
- Aufzeigen, dass die AfD nicht die Interessen ihrer Anhängerschaft vertritt. Die AfD baut ihre *kommunikative* Strategie auf Populismus auf. Die da unten gegen die da oben. Die Eliten gegen die Normalen. Man könnte also annehmen, dass sich die Politik der AfD auch an ihrer Wählerschaft orientiert.

Ein aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaft kommt aber zu einem ganz anderen Ergebnis: „*Menschen, die die AfD unterstützen, würden am stärksten unter der AfD-Politik leiden, und zwar in Bezug auf fast jeden Politikbereich: Wirtschaft und Steuern ebenso wie Klimaschutz, soziale Absicherung, Demokratie und Globalisierung.*“⁸

Die Untersuchung zeigt, dass paradoxerweise die überdurchschnittlich häufig männliche Wählerschaft, deren Einkommen ebenso wie ihre Bildung eher gering bis mittelhoch ist, besonders unter der politischen Programmatik der AfD leiden würde. Der Grund ist die extrem neoliberale Politik im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Zu nennen wäre hier die Positionierung für Steuersenkungen, die Ablehnung der Erbschaftssteuer, die Abschaffung des Solis und nicht zuletzt die Ablehnung jeglicher Steuererhöhungen.

Mehr Markt, weniger Staat wäre die Konsequenz. Damit stünden dem Staat zentrale Einnahmen für wichtige Leistungen und gute Infrastruktur dann nicht mehr zur Verfügung.

5. Keine Zusammenarbeit mit der AfD! Warum die Brandmauer noch nicht lückenlos steht.

Es gibt die konkrete Herausforderung, in den Parlamenten mit der AfD umzugehen. Viele ungeschriebene Regeln, die Jahrzehnte lang parlamentarische Arbeit begleitet haben, also die jeweilige Kultur der Zusammenarbeit, haben sich massiv verändert. Die AfD Fraktionen haben an vielen Stellen Geschäftsordnungen für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert und so parlamentarische Verfahren gestört und teilweise versucht, sie ad absurdum zu führen. Sie haben permanent eine narzisstische Nabelschau betrieben, sich als Opfer inszeniert.

Am 13. September 2023 hat die CDU in Thüringen erstmals ein Gesetz mit den Stimmen der FDP und der rechtsextremen AfD durchgebracht. Dieses Beispiel eignet sich dafür, um mit fadenscheinigen Argumenten und Erklärungsversuchen aufzuräumen, die immer wieder vorgebracht werden:

⁸ https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html.

Ausrede 1: „Sollen wir jetzt etwa unsere politischen Initiativen in der Opposition einstellen, weil die AfD zustimmen könnte? Dann darf ja gar nichts mehr beschlossen werden, wenn die AfD zustimmt.“

Politische Initiativen, Anträge, Anfragen und Gesetzentwürfe sind für alle Parlamentarier*innen Handwerkszeug – völlig unbenommen. Üblicherweise ist es im deutschen Parlamentarismus so, dass Oppositionsfraktionen keine Anträge oder gar Gesetze durchbringen, wenn sie sich nicht mit den Koalitionsfraktionen verständigen. Insofern bietet sich dieses Argument nicht an, um zu begründen, warum man nun mit den Stimmen der AfD ein Gesetz durchbringt. Das Problem ist nicht, dass die AfD dem CDU-Antrag zugestimmt hat. Sondern dass er ausschließlich durch die Stimmen der AfD eine Mehrheit bekam.

In Thüringen sind aufgrund der Minderheitsregierung⁹ von Linken, SPD und Grünen die Chancen, aus der Opposition heraus Mehrheiten zu finden, sogar deutlich besser. Die Koalition ist auf die Mithilfe von CDU und FDP angewiesen, um selbst Beschlüsse im Parlament durchzubringen. In dieser Situation, wo die AfD zum Machtfaktor werden kann, trägt die CDU als Oppositionspartei eine besondere Verantwortung dafür, dass genau das nicht passiert.

Die CDU-Fraktion in Thüringen schlägt aktiv Kapital aus der Situation, und das passiert auf dem Rücken der liberalen Demokratie. Gleichzeitig verdreht sie die Realitäten im Parlamentarismus, indem so getan wird, als müsse man hier im Übermaß zurückstecken, sollte man der Erwartungshaltung, die Brandmauer zu Rechtsextremen und Verfassungsfeinden aufrechtzuerhalten, nachkommen.

Ausrede 2: Es gab keine Kooperation, weil man keine Absprachen getroffen habe.

Falsch. In Parlamenten passiert kaum etwas zufällig. In der Regel gibt es verschiedene Runden, in denen vorher mindestens auf Ebene der parlamentarischen Geschäftsführer*innen ein Austausch über den Verlauf und die Abstimmung in Plenarsitzungen stattfindet. Ergo: Die Fraktionen wissen vor einer Sitzung, ob Anträge eine Mehrheit bekommen oder nicht. Der Umstand, dass man die AfD nicht proaktiv um Zustimmung gebeten hat, entbindet nicht von der Verantwortung. Es geht nicht darum zu verhindern, dass die AfD eigenen Anträgen zustimmt oder dass keine eigenen Anträge gestellt werden. Es geht darum, keine Anträge zu beschließend, die nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen.

Ausrede 3: „Die Leute wollen, dass wir ihre Probleme lösen und interessieren sich nicht dafür, wie wir das machen.“

⁹ Es war die CDU Thüringen, die vorzeitigen Neuwahlen nicht zustimmen wollte, obwohl es mit den Koalitionsfraktionen vereinbart war. Damit erhält die CDU selbst diese schwierige Situation im Parlament aufrecht, und das, nachdem sie mit den Stimmen der AfD zwischenzeitlich einen FDP-Ministerpräsidenten gewählt hatte.

Alle diejenigen, die die AfD nicht wählen, sprechen sich aktiv dagegen aus, dass Rechtsextremist*innen an die Macht kommen. Dies ist wahrscheinlich eine der größten Gemeinsamkeiten dieser Wähler*innengruppe. Es wäre ein Anfang, wenn sich die Thüringer CDU um dieses Problem und diese große Sorge der Wähler*innen kümmern würde.

In dem konkreten Fall, hat die CDU keinen Regierungsauftrag bekommen. Sicher haben auch ihrer Wähler*innen den Wunsch, dass Politik zum Wohle des Landes gemacht wird. Dazu kann eine konstruktive Oppositionsarbeit beitragen. Und wie man das ausgestaltet, hat man selbst in der Hand. Die Thüringer CDU sendet durch ihre Argumentation und mit ihrem Verhalten ein deutliches Signal, nämlich: Wir fühlen uns der AfD näher als dem restlichen demokratischen Spektrum.

Ausrede 4: „Auch die AfD ist demokratisch gewählt, deshalb darf man sie nicht isolieren. Die AfD macht sich zum Opfer, wenn wir Sie ausgrenzen.“

Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, aber eben keine demokratische Partei.

Im Deutschland und Italien gab es in den 1920er Jahren auch keine Mehrheiten für eine autoritäre Regierungsform. Bevor die Faschist*innen und Nationalsozialist*innen an die Macht kamen, gehörte mit nur ca. zwei Prozent ein sehr kleiner Teil der jeweiligen Bevölkerungen den Parteien Hitlers und Mussolinis an. Bei den freien Wahlen erzielten sie auch keine Mehrheiten. Dennoch kamen sie an die Macht und zwar, weil politische Eliten glaubten, sie durch Einbindung bändigen zu können. Den Ausgang dieser fatalen Einschätzung kennen wir. Sie hat Millionen Menschen das Leben gekostet.

Denjenigen, die aus Überzeugung im Sinne einer breiten Übereinstimmung mit dem Programm AfD wählen, muss man genau dies vor Augen halten.

Frust rechtfertigt es nicht, Rechtsextreme zu wählen. Wer protestieren will, kann das entlang von Inhalten tun, kann sich selbst in demokratischen Parteien engagieren oder in Nichtregierungsorganisationen, kann auf die Straße gehen, kann die eigenen Abgeordneten ansprechen, kann sich im Internet in Diskurse einschalten, kann an Bürger*inneninformations- und Bürger*innenbeteiligungsveranstaltungen teilnehmen etc.

Niemand kann die AfD davon abhalten, sich als Opfer zu stilisieren. Das ist eins ihrer politischen Grundmotive. Es wäre fatal sie zu belohnen, indem man Appeasement und Einbindung betreibt. Das lässt sich auch an der Reaktion der AfD auf den Thüringer Vorgang ablesen. Die AfD jubelt, dass die CDU die Brandmauer eingerissen hat, und instrumentalisiert dies für sich, um dadurch noch gesellschaftsfähiger zu erscheinen. Sie wurde nicht entzaubert, ihren Attacken wurde nicht die Spitze genommen. Dann soll die AfD lieber ein Opfer der liberalen Demokratie sein, die für Extremist*innen keinen Platz hat. Für die einzelnen Menschen, die

AfD wählen, braucht es andere Strategien, um sie (wieder) in unsere gesellschaftliche Mitte zu holen.

Diese Ausreden wurden nicht nur in Thüringen vorgebracht. Sie werden immer wieder im Kontext von Debatten rund um den Umgang mit der AfD im parlamentarischen Raum vorgetragen. Das zeigt: der Begriff der Brandmauer ist schnell gewählt, aber häufig gibt es keine konkrete Selbstverpflichtungen, keine geeinten Verfahren der Fraktionen, wie genau diese Brandmauer in der Praxis aufgebaut und erhalten wird. Dieses wichtige Handwerkszeug gilt es zu entwickeln, je gemeinsamer und stringenter desto erfolversprechender wird dessen Anwendung sein.

6. Wie wir als Parteien den demokratischen Diskurs neu beleben können

Ja, wir streiten uns in der Politik. Wir streiten uns gerne und viel. Und ja, das macht Demokratie auch aus. Wir streiten, weil unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallen. Weil wir unterschiedliche Perspektiven haben und weil wir versuchen, Interessen, die wir für jeweils legitim halten, durchzusetzen. Viel zu häufig passiert aber noch etwas anderes dabei: Wir entfernen uns von einer hitzigen, aber sachlichen Auseinandersetzung. Wir entfernen uns vom Austausch von Argumenten. Wir finden keine gemeinsame Sicht auf die Fakten und haben Probleme, uns darauf zu verständigen, was wahr ist. Wichtige Informationen zum Sachverhalt werden zumindest in der öffentlichen Debatte weggelassen – dann funktioniert die Geschichte besser. Die Polarisierung verfängt besser und das Gegeneinander ist deutlicher. Das soll das Profil schärfen. Und während wir die gesellschaftliche Eskalationstreppe hinunter rasen, fliegen uns die Twitterherzchen nur so zu, die Zustimmung in der eigenen Blase steigt. Wir haben gewonnen! Oder doch nicht?

Ich glaube, der Preis für dieses Verhaltens ist zu hoch. Wir verlieren das Wesens unserer Demokratie: den Kompromiss. Was im Sport schon immer galt, muss auch in der Politik gelten: Fairplay. Hier sind demokratische Parteien und Fraktionen besonders in der Pflicht.

Parteien sprechen viel zu wenig miteinander! Natürlich sind die demokratischen Fraktionen im Parlamentarismus stetig im Austausch. In Ausschusssitzungen, in Plenardebatten, in Koalitionen und Talkshows, über die Presse oder auf Social Media. Eine permanente Auseinandersetzung. Systemimmanent. So weit so gut.

Aber die *Parteien* selbst befinden sich kaum im Austausch. In Wahlkämpfen versuchen Parteivorsitzende und Spitzenfunktionäre sich gegeneinander zu profilieren und programmatisch voneinander abzugrenzen. Alle wollen verständlicherweise einen nachhaltigen Eindruck bei den Wähler*innen hinterlassen. Wenn's gut läuft, trifft man sich in den Koalitionsverhandlungen wieder und versucht dort, wieder die eine Vorstellung gegen die andere durchzusetzen.

Was nicht passiert: *gemeinsam* auf große Probleme schauen und Lösungen zu entwickeln. Sich auf wichtige Parameter und ein Ziel zu verständigen und dann etwas Neues entwickeln. Die Ampelregierung im Bund hat es zumindest am Anfang versucht – es hat nicht so richtig geklappt. Der Versuch an sich ist gut. Doch es fehlt an Übung und es fehlen die Rahmenbedingungen. Wir brauchen klare Leitplanken für den gemeinsamen Umgang! Einen wichtigeren Grund als die Stärkung und Verteidigung unserer liberalen Demokratie kann es eigentlich nicht geben.

Deshalb sollten wir bei uns selbst anfangen. Dazu können wir:

- ***Gemeinsame, parteiübergreifende Diskussionsräume eröffnen*** in Formaten, bei denen es nicht um gegenseitige bzw. antagonistische Profilierung geht, sondern darum sich über die großen Krisen auszutauschen. Hier könnte man versuchen – auch durch die Einbeziehung externer Expertise- zumindest ein gemeinsames Grundverständnis von Problem und Lösung zu finden.
- Verantwortung für die Hyperpolarisierung der Gesellschaft übernehmen und aktiv dagegen arbeiten. Mit einer ***Vereinbarung über einen fairen politischen Diskurs und klaren Absprachen für Wahlkämpfe*** zum Beispiel. Gerade im Bereich der Desinformation und des Einsatzes von Bots sind solche unerlässlich. Bei der Richtigstellung von Deep Fakes und Fake-Zitaten sollten wir uns unterhaken und solidarisch sein, gemeinsam Ressourcen einsetzen, um dem entgegenzutreten. Und wir sollten selbst auf Kampagnen unter der Gürtellinie verzichten und unsere Unterstützer*innen ebenfalls auffordern, es uns gleich zu tun.
- Den Menschen wieder stärker vermitteln, dass wir ***jeden einzelnen von ihnen in unserer Gesellschaft*** brauchen, damit alle eine gute Rolle für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft haben können. Ihre Ideen, ihre Lebenserfahrung, ihre Kompetenzen – all das ist wichtig für eine pluralistische Gesellschaft, die den aktuellen und zukünftigen Krisen trotzt. Wir sollten daher die ***Gemeinsamkeiten suchen***, neue entwickeln und nicht selbst Populismus betreiben.
- Auf den Ton achten. ***Sprache macht einen Unterschied***, sie entscheidet darüber, welche Bilder im Kopf entstehen. Deswegen ist es wichtig, wie wir sprechen – miteinander und übereinander. Wie wir miteinander und übereinander sprechen, prägt das Bild von uns als Entscheidungsträger*innen.
- ***Politik und ihre Prozesse erklären***, einordnen und eine ***Fehlerkultur entwickeln***, die Bewertungen im Kontext vornimmt, anstatt durch Verkürzungen oder Populismus die eigene Geschichte, Kritik oder Kampagne wirkmächtiger zu machen. Nur so können wir dazu kommen, dass Politik Fehler eingestehen kann, anstatt in die Ecke gedrängt in der Verteidigungshaltung stehen zu bleiben. Das würde uns als liberaler Demokratie viel mehr Agilität im Umgang mit den multiplen Krisen und zahlreichen weiteren Herausforderungen ermöglichen.